

## Soziale Ungleichheit im Hochschulzugang und Studienverlauf

### 1 Das schwierige Geschäft mit der sozialen Ungleichheit

Wer sich mit sozialer Ungleichheit an Schulen und Hochschulen befasst, der betreibt ein schwieriges Geschäft. Denn zum einen gilt es, über wissenschaftliche Analysen das Fassbar zu machen, was im Alltag nicht unmittelbar ersichtlich ist. Zum anderen ist das öffentliche Interesse an sozialer Ungleichheit meistens gering, sie wird entweder verleugnet oder als berechtigt hingestellt.

Historisch lässt sich der Beginn sozialwissenschaftlicher, empirischer Schul- und Hochschulforschung in Deutschland auf Anfang der 60er Jahre datieren. Damals zeigten eine Reihe von Untersuchungen vielfältige, sozial bedingte Barrieren im Bildungs- und Schulweg von Kindern und Jugendlichen auf, etwa in den "Bildungsnotstandsgebieten" oder beim "vorzeitigen Abgang vom Gymnasium". Auch die Universitäten waren Gegenstand solcher Studien, so über die "männlich geprägte Universität" oder über die "Arbeiterkinder an Universitäten". In dem Band über "Soziale Lage und Bildungschancen" von Peisert (1967) wurden die Analysen griffig in der Kunstfigur des "katholischen Arbeitermädchens vom Lande" bilanziert. Als Ausgrenzungsmerkmale waren damit die Konfession, der berufliche Status der Eltern, das Geschlecht und die regionale Lage angesprochen. Fast zeitgleich erschien das Plädoyer "Bildung ist Bürgerrecht" von Dahrendorf (1965), das für eine aktive Bildungspolitik, einen Ausbau der Schul- und Hochschulangebote und mehr Chancengleichheit im Zugang zu den höheren Bildungsanstalten eintrat.

Mit der damals eingeleiteten "Bildungsexpansion", der Gründung vieler neuer Universitäten, z.B. in der Ruhrschiene von Mülheim über Essen bis Bochum und Dortmund, der Einrichtung der Fachhochschulen, um praxisorientierte Kurzstudiengänge anzubieten, sowie der Bildungswerbung und in der Folge stark steigender Studentenzahlen, war die Erwartung verbunden, dass eine Öffnung der Hochschulen für jene Jugendlichen erreicht wird, die aus einfachen sozialen Verhältnissen stammen, sei es aus „Arbeiterfamilien“ oder aus den oft so titulierten „bildungsfernen Elternhäusern“.

Damit stellt sich fast zwangsläufig die Frage, was aus diesen Reformen und Anstrengungen geworden ist. Haben sie zu einem Abbau der sozialen Ungleichheit geführt oder ist es bei der „Illusion der Chancengleichheit“ (Bourdieu/Passeron, in deutsch 1971) geblieben? Hat sich die Zahl der Arbeiterkinder an den Universitäten erhöht, kommen sie an den Hochschulen nunmehr besser zurecht und werden sie in gleichem Maße wie Studierende anderer sozialer Herkunft, insbesondere aus den Akademikerkreisen, im Studienweg gefördert? Um diese Fragen zu beantworten sind empirische Befunde heranzuziehen, möglichst über einen längeren Zeitraum. Solche Daten liefert der Studierendensurvey, der sich seit seinem Bestehen Anfang der 80er Jahre immer wieder mit der Problematik der sozialen Ungleichheit unter den Studierenden befasst hat. Freilich blieb die Resonanz in der Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft auf die entsprechenden Publikationen zurückhaltend – das Thema der sozialen Ungleichheit fand selten Beachtung oder Interesse.

## **2 Studierendensurvey und soziale Ungleichheit: ein altes Thema**

Der „Studierendensurvey“ ist eine sozialwissenschaftliche Einrichtung zur gesellschaftlichen Dauerbeobachtung im Hochschulbereich mit der Aufgabe, dessen Leistungsfähigkeit zu bestimmen, auch im Bereich der sozialen Rekrutierung und Selektion, der sozialen Chancen und Platzierung - vom Hochschulzugang über die Kontakte an der Hochschule und das Auslandsstudium bis hin zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (eine Form der sozialen Evaluation).

Grundlage dafür sind die Erfahrungen und Urteile der Studierenden. Ab Anfang der 80er Jahre haben wir, gefördert vom BMBF Bonn-Berlin, regelmäßig etwa alle 3 Jahre annähernd 9.000 Studierende bundesweit an Universitäten und Fachhochschulen befragt, in allen Semestern, in allen Fächern, seit 1993 auch in den neuen Ländern, einigermaßen repräsentativ. Zuletzt im WS 2003/04 fand die 9. Erhebung des Studierendensurveys statt – eine beachtliche Zeitreihe mit differenzierten Möglichkeiten zur Einsicht in Trends und Entwicklungen. Weiteres zu Konzept und Durchführung, zu Publikationen und News sind im Internet unter der Homepage "AG Hochschulforschung" oder "Studierendensurvey" präsentiert.

Von Anfang an sind wir im Zuge der Berichterstattung zum Studierendensurvey auf soziale Ungleichheiten im Studienzugang und im Studienverlauf eingegangen. In den letzten Jahren haben wir sogar entschiedener darauf verwiesen, weil die sozialen Differenzen wieder größer wurden. Im Bericht zur ersten Erhebung vor gut 20 Jahren wurde 1984 bilanziert: "Studierende aus Arbeiterfamilien (Anteil 14%) sind im Vergleich zur Quote der Arbeiterschaft an der Bevölkerung (ca. 40%) weiterhin an

Universitäten unterrepräsentiert... Zwischen Studentinnen und Studenten bestehen hinsichtlich der sozialen Herkunft keine grundsätzlichen Unterschiede". Immerhin konnte vermerkt werden, dass deren Anteil gegenüber den 50er Jahren (von knapp 5%) beständig gestiegen war.

Nach drei Erhebungen zur Studiensituation in den Jahren 1983, 1985 und 1987 gingen wir den Veränderungen im sozialen Profil der Studentenschaft genauer nach, weil eine verlässlichere Zeitreihe über drei Messzeitpunkte vorlag. Wir bilanzierten, in etwas salopper Formulierung, im Bericht von 1989: "Kinder aus Arbeiterfamilien (haben) nach wie vor schlechte Karten in unserem Bildungswesen." Im zeitlichen Vergleich der 80er Jahre konnte von einer Zunahme der Arbeiterkinder an den Hochschulen nicht mehr die Rede sein, ebenso für Kinder kleiner Angestellter oder Selbständiger und einfacher Beamter. "Im Hinblick auf die soziale Herkunft ist gegenüber den 60er und den 70er Jahren die weitere Zunahme von Kindern aus 'bildungsfernen Elternhäusern' gebremst. Der Anteil von Kindern aus Arbeiterfamilien stagniert bei etwa 14% an den Universitäten, bei 23% an den Fachhochschulen."

## **3 Hochschulzugang: Selektion und Reproduktion**

Wie sieht es heute mit dem Zugang an die Hochschulen aus: Herrscht wieder Expansion, ist es bei der Stagnation geblieben oder ist gar eine Reduktion eingetreten? Verschaffen wir uns zuerst einen quantitativen Überblick der Vertretung und Quoten nach sozialer Herkunft an den Hochschulen. Die Daten aus dem Studierendensurvey für den Zeitraum zwischen 1983 und 2004, also über 20 Jahre mit einigem repräsentativen Anspruch, belegen eine negative Tendenz: Der Arbeiteranteil unter den Studierenden ist in den letzten zehn

Jahren zurückgegangen, und zwar von 10% in den Jahren 1993 und 1995 auf nur noch 7% bei der letzten Erhebung 2004 unter allen Studierenden. Im gleichen Zeitraum sind bei zwei sozialen Gruppen Steigerungen eingetreten: bei den höheren Beamten (von 9% auf 12%) und bei den freien Berufen (von 8% auf 11%).

Allgemeiner gesagt: Im Studium kommen kaum mehr Kinder aus der Arbeiterklasse an. Die Studentenschaft wird mehr als früher dominiert von Kindern der höheren Beamtschaft und aus den Kreisen der freien Berufe, ergänzt um die starke Gruppe der leitenden, hochqualifizierten Angestellten (2004 mit 23%).

Die Rate der "sozialen Vererbung" ist demnach sehr hoch, "Bildungsaufsteiger" haben weniger Chancen. Vor allem an den Universitäten sind sie selten anzutreffen, sie besuchen eher die Fachhochschulen – zumal wenn sie nicht direkt über ein Gymnasium den Weg ins Studium gegangen sind. Im letzten Bericht von 2005, also recht aktuell, haben wir deshalb hervorgehoben: "Die „Schere“ im Hochschulzugang nach der sozialen Herkunft hat sich im letzten Jahrzehnt vergrößert. Vor allem der Anteil jener Studierender ist an Universitäten wie Fachhochschulen gestiegen, von denen ein Elternteil ein Universitätsstudium absolviert hat. Die „akademische Reproduktion“ hat, entgegen manchen Erwartungen und politischen Zielen, zugenommen, an den Fachhochschulen sogar überproportional".

Die Differenz der beiden Hochschularten, Universitäten und Fachhochschulen, in der sozialen Zusammensetzung ihrer studentischen Klientel wird oft übersehen oder nicht eigens ausgewiesen, sie ist aber für Fragen der sozialen Selektion bedeutungsvoll. An den Universitäten sind weit mehr Akademikerkinder als an den Fach-

hochschulen, wo der Anteil Arbeiterkinder höher ausfällt. Hatten an den Universitäten Mitte der 80er Jahre nur 25% der Studierenden zumindest ein Elternteil mit Studienabschluss sind es seit 2001 nahezu die Hälfte. An den Fachhochschulen studierten vor knapp 20 Jahren kaum Kinder aus einem „akademischen Elternhaus“: nur knapp 10%. Seit 2001 ist es an dieser Hochschulart etwas über ein Viertel (seit 1993 hat sich der Anteil fast verdoppelt).

An den Fachhochschulen befinden sich weiterhin, entsprechend der Einführung kürzerer Studiengänge, tatsächlich deutlich mehr Bildungsaufsteiger als an den Universitäten. Es wäre aber zu diskutieren, ob das Angebot der Fachhochschulen als Chance zum sozialen Aufstieg oder als sozialer Abdrängungsprozess zu verstehen ist. Ein aufschlussreiches Beispiel liefern die Ingenieurwissenschaften: An den Universitäten ist die akademische Reproduktion dieser Fächergruppe vergleichsweise hoch, weil Aspiranten niedriger sozialer Herkunft eher auf die Fachhochschule gehen. Folglich sind die Ingenieurwissenschaften an den Universitäten kein Studiengang des sozialen Aufstiegs mehr (wie noch vor einigen Jahren), wohl aber an den Fachhochschulen. Man kann dies als "Abdrängung" verstehen, weil dadurch die Konkurrenz auf der Ebene der Universitäten geringer bleibt – die Fachhochschule dient somit der Abhaltung vom Universitätsstudium. Die Sicht der FH als Plattform des sozialen Aufstiegs ist auf alle Fälle zu einseitig, sie kann auch als Institution der Abdrängung möglicher Konkurrenz verstanden werden.

Historisch hat zuerst Theodor Geiger den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Fachwahl behandelt (und 1950 publiziert). Bereits damals fiel ihm auf, dass die unmittelbare Nachfolge im Studienfach des Vaters unter den Ärzten und Juristen be-

sonders ausgeprägt ist. Später hat Dahrendorf (1965) in seiner Studie über "Arbeiterkinder an den Universitäten" deren unterschiedliche Vertretung in den einzelnen Fächern und Fakultäten mit einigem Erstaunen notiert. Denn Arbeiterkinder waren überdurchschnittlich in Philosophie, Theologie, den Naturwissenschaften und technischen Fächern vertreten; in der Medizin und in Jura lag ihr Anteil weit unter dem Durchschnitt.

Heute sind die Differenzen in der sozialen Zusammensetzung zwischen den Fächern an den Hochschulen kaum anders als in früheren Jahrzehnten, wie die Daten des Studierendensurveys ausweisen: Die akademische Reproduktion ist am stärksten in Medizin und Jura geblieben. Die soziale Bildungsvererbung eines Studiums hat zwar in allen Fächergruppen zugenommen, aber die höchste akademische Reproduktion weisen die Studierenden der Medizin auf (Quote von 61%), gefolgt von Jura (mit 51%). Am geringsten ist die Quote im Sozialwesen an den Fachhochschulen mit nur 21%.

An den Fachhochschulen ist übrigens die Zunahme von Studierenden aus einem akademischen Elternhaus besonders groß. Am stärksten ist sie im Wirtschaftswesen (+16 Prozentpunkte seit 1993), fast gleich stark im Ingenieurwesen (+14 Prozentpunkte). Demnach ist auch an den Fachhochschulen eine stärkere "Akademisierung" der Studentenschaft und eine steigende Reproduktion zu beobachten; die Funktion als Plattform für gesellschaftlichen Aufstieg hat sich abgeschwächt.

#### **4 Sicherheit des Hochschulbesuchs: Leistung oder Herkunft**

Die „soziale Bildungsvererbung“, fachwissenschaftlich als "soziale Reproduktion" bezeichnet, hat sich ohne Zweifel verstärkt

– das bestätigen auch andere, groß angelegte Untersuchungen wie die Erhebungen zur sozialen Lage der Studierenden, die von HIS für das Deutsche Studentenwerk (DSW) mit Mitteln des BMBF durchgeführt werden, zuletzt 2003 bereits die 17. Erhebung. Angesichts der vorliegenden Zahlenverhältnisse, Proportionen und Quoten, insbesondere ihrer Hartnäckigkeit und Stabilität, stellen sich einige Fragen nach den Gründen und den verantwortlichen Faktoren für solche sozialen Ungleichheiten in einem Feld, das von sich behauptet, es gelte nichts so viel wie die erbrachte Leistung.

Offenbar sind manche „potentiellen Bildungsaufsteiger“ aus der Arbeiterschaft und der Grundsicht unsicher und zurückhaltend gegenüber einem Hochschulbesuch geworden. Wenden wir uns deshalb zuerst der Frage nach der Sicherheit der Studienaufnahme zu: ob sie langfristig feststand, gleichsam als selbstverständlich gilt, oder ob sie lange unsicher blieb. Dazu einige einfache Zahlen: Studierende an Universitäten berichten im WS 2003/04 von einer deutlich höheren Studiensicherheit (zu 50% ganz selbstverständlich) als jene an Fachhochschulen (für 37% selbstverständlich). Über den Zeitraum der letzten 20 Jahre hat sich in dieser Hinsicht wenig getan.

Unterschieden nach der sozialen Herkunft ergibt sich: Die größte Festgelegtheit auf ein Studium weisen Kinder von akademischen Freiberuflern auf (es stand für 57% eindeutig fest), die geringste die Kinder aus den Arbeiterfamilien, auch bei den besser qualifizierten Facharbeitern und Meistern sieht es kaum sicherer aus im Vergleich zu den un- oder angelernten Arbeiter/innen (mit 37% bzw. 35%). Mit dem Erwerb der Hochschulreife, nach langen Sozialisationsprozessen und mannigfachen Selektionsstufen, ist die weitere

Selektion keineswegs beendet. Ein wichtiger Befund dazu: Je festgelegter ein Studium von vornherein ist, desto weniger können externe Faktoren (wie unsichere Berufsaussichten) die Studienaufnahme beeinträchtigen. Insofern indiziert die Studienfestgelegtheit eine engere Bindung an das Studium, die für den Studienverlauf bedeutsam ist – sie stellt ein gut gefülltes Säckel an sozialem Kapital dar.

Für die Sicherheit der Studienaufnahme können vor allem zwei Gründe maßgeblich sein: Zum einen der schulische Leistungsstand, d.h. die erreichten Noten im Zugangszeugnis – die offizielle, legitime Version; zum anderen die soziale Herkunft, d.h. die Qualifikation und Berufsposition der Eltern, damit zusammenhängend deren Finanzkraft und Sicht des Studiums. Führen wir dazu komplexere Analysen durch, um festzustellen, ob die schulische Leistung oder die soziale Herkunft bei der Studienaufnahme gewichtiger ist, dann stellt sich als Befund heraus: "In der Bilanz nimmt zwar der Leistungsstand (als erreichte Note) das größte Gewicht für die Studienaufnahme ein, aber die soziale Herkunft ist nahezu gleich gewichtig (vor allem an den Universitäten). Für Studierende aus einfachen sozialen Milieus, selbst bei sehr guten Noten, ist die Studienaufnahme längst nicht so sicher." Das Geschlecht ist übrigens nicht völlig bedeutungslos, aber von geringem Einfluss.

Solche sozialwissenschaftliche Einsicht hat politische Kritik zur Folge, die von Sandberger/Lehner bereits 1981 formuliert wurde; die aktuellen Befunde bestätigen diese Kritik: "Die Selektion beim Hochschulzugang, selbst wenn sie als freiwilliger Verzicht erscheint, ist aus zwei Gründen problematisch: Erstens spielt der tatsächliche Leistungsstand, wie er sich in den Abiturnoten ausdrückt, eine nachgeordnete Rolle als Kriterium. Das viel be-

schworene Leistungsprinzip erweist sich an der Schwelle zur Hochschule für manche außer Kraft gesetzt. Zweitens ist die Aufgabe des Studienwunsches in Wahrheit ein Verzicht unter dem Druck sozialer Verhältnisse und Motive, wobei neben traditionellen Barrieren der Herkunft die neuen Filter der Arbeitsmarktunsicherheit getreten sind".

Unter den Gründen für den sozial unterschiedlichen Hochschulbesuch ist die grundsätzliche Sicht von Bildung und Studium im kulturellen Milieu der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten hervorzuheben. Als Zwecke des Studiums lassen sich drei Bereiche unterscheiden: die allgemeine, kulturelle Bildung, die berufliche Qualifizierung und die materiellen Gratifikationen. Je nach sozialer Zugehörigkeit werden die Schwerpunkte anders gesetzt: Höhere soziale Schichten betonen die Qualifizierung und die Bildung, die materiellen Gratifikationen spielen offiziell keine Rolle. Die unteren Schichten heben die Privilegierung durch ein Studium hervor, dessen materielle Vorteile, danach erst die berufliche Qualifizierung – und mit der kulturellen Bildung können sie wenig anfangen. Ein gewisses Mimikry der höheren Schichten wird erkennbar: Sie unterstreichen die Bildung und nehmen die materiellen Vorteile still mit, zugleich implizieren sie, dass sie sich dank des Studiums durch eine höhere Kultur und Allgemeinbildung auszeichnen – und grenzen sich damit ab.

Für Studierende aus den höheren Stufen im öffentlichen Dienst oder dem Kreis der freien, akademischen Berufe perpetuiert sich der Zugangsvorteil im Studienverlauf: "Die feste Studienabsicht und die Sicht des Studiums als Bildung kann verstanden werden als eine soziale und kulturelle Mitgift, denn sie ist in starkem Maße vom Bildungsgrad und Berufsstatus des Eltern-

hauses abhängig. Sie trägt dazu bei, das Studium stabiler und konsistenter zu absolvieren, weil externe Irritationen, wie z.B. der Arbeitsmarkt von geringerem Einfluss sind".

## **5 Studienfinanzierung und BAföG: Arten und Folgen**

In akademischen Kreisen wird von Geld zwar ungern geredet, aber hier muss es sein. Denn die Studienfinanzierung ist ein entscheidender Schlüssel für die Studienaufnahme und den Studienablauf. Und sie variiert beträchtlich mit der sozialen Herkunft.

Wie steht es um Art und Umfang der Studienfinanzierung? Am meisten tragen die Eltern zur Studienfinanzierung bei: Zuletzt (2004) konnten 83% der Studierenden darauf zurückgreifen, 48% sogar hauptsächlich.

Die Differenz nach der sozialen Herkunft ist immens. Wer Akademikereltern hat, also höhere Beamte oder Freiberufler, der kann zu zwei Dritteln (63% bzw. 69%) völlig auf das Geld der Eltern vertrauen. Dagegen können Studierende aus Arbeiterfamilien nur zu 15% (un- oder angelernte Arbeiter) oder zu 20% (Facharbeiter und Meister) völlig auf das elterliche Geld zur Studienfinanzierung setzen.

Wenn das Studium aus der privaten Tasche der Eltern nicht finanziert werden kann, stehen hauptsächlich zwei andere Finanzierungsquellen zur Verfügung: Die eigene Erwerbsarbeit neben dem Studium oder die Beantragung und der Erhalt von Mitteln nach BAföG, also ein staatliches Sozialstipendium. Das Bafög als Quelle der Studienfinanzierung hat einen aufschlussreichen Verlauf genommen: Die Gesamtquote der Geförderten unter den Studierenden ging von über einem Drittel

(38% im Jahr 1993) auf etwas über ein Fünftel zurück (1998 mit 21% und 2001 mit 22%). Danach hat sie sich 2004 wieder etwas erhöht: auf 27% insgesamt. Allerdings nur für 14% stellen die Mittel nach "BAföG" die hauptsächliche Finanzierungsquelle dar (einstmals für 22%).

Nach einem enormen Rückgang ist nach der Jahrtausendwende die BAföG-Förderquote wieder gestiegen – was manche als Erfolg darstellen. Dennoch bleiben große Defizite: Die hauptsächliche Finanzierung des Studiums durch BAföG liegt weiterhin unter der Quote von 1993 – ein eindeutiger Rückschritt im Bemühen um sozialen Chancenausgleich. Das wird noch deutlicher, wenn die spezifische Quote für Arbeiterkinder herangezogen wird. Es trifft zu, dass sie ganz überproportional BAföG erhalten: zuletzt 49% gegenüber 15% bei Studierenden aus den beruflich höheren Straten. Jedoch war diese spezifische Quote im Zeitverlauf starken Änderungen unterworfen: Sie lag einst für Arbeiterkinder immerhin bei 58% (1985), erreichte 1993 sogar 63% (inklusive neue Länder), fiel dann aber bis 1998 auf nur noch 41%, um nun 2004 wieder 50% der Arbeiterkinder im Studium zu erreichen.

Das BAföG bleibt weiterhin unter dem früheren Standard zurück: Es erreicht zu wenige Studierende, die darauf angewiesen wären, und ist insgesamt zu gering, um wirksam zu entlasten.

Eine genauere Ausrechnung hat ergeben: Die Zahlungen durch BAföG haben zwar eine gewisse kompensatorische Wirkung, die aber keineswegs hinreichend ist. „Bafög“ ist nicht belanglos, es ist vielmehr außerordentlich bedeutsam für ein Studium. Unzureichendes BAföG zementiert soziale Ungleichheiten und schadet der Studienqualität insgesamt.

## 6 Erwerbstätigkeit im Semester: De- konzentration und Verlängerung

Es liegt auf der Hand, dass Studierende aus Arbeiterfamilien, ebenso von kleinen Angestellten oder Selbständigen, viel mehr im Semester erwerbstätig sein müssen, um ihr Studium zu finanzieren. Insgesamt gehen fast 80% der Studierenden im Semester, neben den Vorlesungen, einem Job nach.

Das hat sicherlich auch sein Gutes: Es führt sie aus dem "Elfenbeinturm" der Universität. Kritisch wird es, wenn dadurch die Finanzierung des Studiums hauptsächlich bestritten werden muss, was auf 21% völlig zutrifft.

Nach sozialer Herkunft treten erwartbare Differenzen bei der Erwerbstätigkeit im Semester auf: Arbeiterkinder finanzieren so zu 29% hauptsächlich ihr Studium, Kinder kleiner Angestellter oder Selbständiger noch zu 27%, aus dem Kreis der besser Gestellten dagegen nur 18%.

Wenn das Studium hauptsächlich durch eigene Erwerbsarbeit im Semester finanziert werden muss, sind dafür im Schnitt 15-17 Std. pro Woche nötig, d.h. zwei volle Arbeitstage. Diese Beanspruchung kommt bei Arbeiterkindern viel häufiger vor.

Im übrigen bedarf es bei teilweiser Studienfinanzierung durch Erwerbsarbeit eines zeitlichen Aufwands von 7-8 Std. pro Woche; nur wer darauf nicht angewiesen ist, jobbt höchstens 1 Std. pro Woche, d.h. mal am Abend oder Wochenende. Eine Erwerbsbeanspruchung von mehr als 8 Std. pro Semesterwoche bedeutet de facto ein "Teilzeitstudium" mit einem beträchtlichen Spagat zwischen Studienanforderungen und Erwerbsnotwendigkeit. Öfters wird diese kritische Grenze eines vollen

Arbeitstages in der Woche überschritten. Dann ist es kaum mehr möglich, das Studium in der geplanten Dauer zu absolvieren; es verzögert sich, weil der zeitliche Aufwand für Vorlesungen und Selbststudium nicht mehr in der erforderlichen Masse aufzubringen ist.

Für Studierende aus der Arbeiterschicht muss es ärgerlich sein, wenn unterstellt wird, Studierende gingen nur wegen des neuen Autos, der Hifi-Anlage oder des Bierkonsums arbeiten, um sich zusätzlich konsumtiven Luxus zu leisten, statt zu studieren – ein alter Vorwurf.

Dazu lässt sich generell festhalten: Von denen, die im Semester durch Erwerbsarbeit Geld verdienen, macht es ein Drittel aus dringender Notwendigkeit zur Studienfinanzierung, ein weiteres Drittel wegen der Berufserfahrungen und beruflichen Chancen sowie ein letztes Drittel, um sich Zusätzliches zu leisten, seien es Hobbies oder Reisen.

Nur sind diese Gründe für Studierende verschiedener sozialer Herkunft von ganz unterschiedlichem Gewicht. Wegen der notwendigen Studienfinanzierung müssen 70% der Arbeiterkinder bzw. 60% der Kinder von kleinen Angestellten, auch von Meistern und Facharbeitern arbeiten gehen. Aber nur 32% der Kinder höherer Beamten oder 34% aus Familien von akademischen Freiberuflern sind darauf angewiesen. Dagegen wird ein Job zur Anschaffung von zusätzlichen Konsumgütern zu 57% von Studierenden aus den höher gestellten Kreisen aufgenommen, aber nur von 46% der Arbeiterkinder – hier ist das Verhältnis gegenläufig. Beim dritten Hauptgrund für eine Erwerbstätigkeit der Studierenden, um berufliche Erfahrungen zu sammeln und wegen besserer Arbeitsmarktchancen, bestehen bezeichnenderweise keine sozialen Differenzen.

## **7 Stellenwert des Arbeitsmarktes: Sorgen und Belastungen**

Neben den Problemen wegen der aktuellen Finanzen tritt für viele Studierende die Verunsicherung wegen der Berufsaussichten. Die Schwierigkeiten bei der Stellenfindung sind dann als beträchtlich einzustufen, wenn die Stelle längerfristig nicht ausbildungsadäquat ist (Dequalifikation) oder wenn man meint, gar keine Stelle zu finden (drohende Arbeitslosigkeit). Nach zunehmendem Pessimismus zwischen 1993 und 1998 (Anstieg von 28% auf 39% Befürchtungen), wurden die Verhältnisse 2001 nahezu rosiger mit noch 20% Befürchtungen; danach erfolgte aber wieder ein Anstieg auf 27% beträchtlicher Befürchtungen, einer Quote, die der von 1993 entspricht – eine erneute Verunsicherung bei vielen Studierenden.

Solche Sorgen hängen in starkem Maße von den Konjunkturen der Beschäftigungschancen für die einzelnen Fächer und deren Absolventen ab, die zum Teil gegenläufig ausfallen (etwa im zeitlichen Vergleich von Maschinenbau und Elektrotechnik gegenüber Architektur und Bauingenieurwesen). Dennoch ist die Stufung nach der sozialen Herkunft, wiewohl nicht sehr groß, festzuhalten. Eine mögliche Arbeitslosigkeit nach dem Studium befürchten 19% der Arbeiterkinder, 17% Studierende von kleinen Angestellten und Selbständigen, 15% aus der Mittelschicht und nur 13% aus der Oberschicht der höheren Beamten und freien Berufe.

Die Belastungen wegen der unsicheren Berufsaussichten sind vor allem unter den Arbeiterkindern wieder stark angestiegen: ein gutes Drittel (35%) empfindet sich dadurch stark belastet – eine hohe Quote; bei Akademikerkindern beträgt der Anteil mit starker Belastung nur die Hälfte (18%). Folglich hegen Arbeiterkinder nicht nur

etwas mehr Befürchtungen wegen ihrer Berufsaussichten und Zukunft, sie sind zudem dadurch deutlich stärker belastet. Es fehlen ihnen offenbar Ressourcen, um die Zukunftssorgen zu dämpfen.

Der Wunsch nach einer Verbesserung der Arbeitsmarktchancen als Voraussetzung für eine günstigere Studiensituation ist unter den Studierenden generell sehr verbreitet: ein auf den ersten Blick erstaunlicher, bei genauerer Prüfung jedoch verständliches Anliegen. Unter Studierenden aus der Arbeiterschaft ist dieser Wunsch noch stärker (folglich auch an den Fachhochschulen, wo er die erste Priorität einnimmt): 56% halten ihn für sehr dringlich, dagegen schreiben ihm nur 17% Studierende aus der Akademikerschaft (Beamte wie freie Berufe) eine solche Wichtigkeit zu. Wegen der Rückwirkungen im Studium als Irritation und Demotivation müssen die Hochschulen vermehrt die Studierenden beim Übergang auf den Arbeitsmarkt unterstützen und nicht allein lassen – wie sie es allzu lange betrieben haben. Diese Bemühungen müssten verstärkt und für Studierende aus der Arbeiterschaft ausgerichtet werden. Dazu sind auch die Studien- und Berufsberatungen vermehrt gefragt, denn hierin liegt ein wirksamer Beitrag gegen soziale Ungleichheit im Studium.

## **8 Die Geschichte der "Attraktivität" des Ingenieurstudiums**

Das Zusammenspiel von sozialer Herkunft, der Studiensicherheit, der Rolle von Studienfinanzierung und der späteren Berufsaussichten erweist sich besonders deutlich bei der Wahl eines Faches der Ingenieurwissenschaften. Diese Geschichte sei kurz erzählt, weil sie aufschlussreich für die Wirksamkeit sozialer Ungleichheit und für die Reaktionen von Politik und Wirtschaft ist.



In den 90er Jahren nahm die "Attraktivität des Ingenieurstudiums" massiv ab, die Zugangszahlen halbierten sich, vor allem im Maschinenbau und in der Elektrotechnik. Die Wirtschaft klagte über mangelnden Nachwuchs, die Politik sorgte sich um den Standort Deutschland. Vermutet wurde ein nachlassendes Interesse an Technik bei der jungen Generation oder das bequeme Vermeiden von den Anstrengungen des Ingenieurstudiums.

Bei genauerer Betrachtung trafen beide Unterstellungen nicht zu: Denn zum einen nahm das Technikinteresse in dieser Zeit stark zu, nicht nur bei den Ingenieuren – es wurde allerdings nicht in die Wahl eines technischen Faches umgesetzt. Zum anderen stieg in dieser Phase auch die Absicht der Studierenden, das Studium effizient und intensiv anzulegen. Die Berufstätigkeit durch das Studium hinauszuschieben, wurde kaum noch beabsichtigt.

Es waren vielmehr ganz andere Gründe für den Rückgang der Studierendenzahlen in den Ingenieurwissenschaften maßgeblich: einerseits die Beschäftigungspolitik der Unternehmen (die massenhaft Ingenieure entließen) und andererseits die Studienfinanzierungspolitik des Staates (Reduzierung von Bafög). Beide Gründe führten gemeinsam dazu, dass von diesem unsicheren Studium mit problematischen Zukunftsperspektiven Abstand genommen wurde. Aber in einer ganz bezeichnenden Schiefe nach Herkunft und Geschlecht.

Die Gruppe, für die das Ingenieurstudium am meisten an Attraktivität eingebüßt hatte, ließ sich mit einigem analytischen Aufwand ziemlich genau lokalisieren: Es waren die jungen Männer aus Arbeiterfamilien, dem Kreis der einfachen sozialen Schicht kleiner Angestellter und Selbständiger. Um es positiv auszudrücken: Die "potentiellen männlichen Bildungsaufstei-

ger" – eine der traditionellen Klientel der Ingenieurwissenschaften – hatten sich am häufigsten von diesem Studium abgewandt. Sie wurden durch die Probleme der Studienfinanzierung, der schlechten Arbeitsmarktlage sowie der unklaren und unstetigen Informationspolitik der Unternehmen, im Zusammenspiel mit ihrem eigenen hohen Sicherheitsbedürfnis, vom Ingenieurstudium regelrecht verprellt, und zwar nachhaltig.

Aufschlussreich an diesem Vorgang ist die Haltung von Wirtschaft und Politik gegenüber dieser geringeren Attraktivität des Ingenieurstudiums. Mit dem Nachweis, dass sie in starkem Maße auf soziale Ungleichheit zurückzuführen ist, taten sich Politik und Wirtschaft schwer. Die Wirtschaft brauchte noch länger, ihren Teil an Verantwortung dafür anzuerkennen. Es dauerte einige Zeit bis zum vorsichtigen Eingeständnis, dass es entscheidend an ihrem eigenen Verhalten lag, dass es zu jenem Zustand des Mangels an Nachwuchs für die Ingenieure gekommen war, den sie so laut beklagten.

Aktuell gewinnt man den Eindruck: Politik und Wirtschaft setzen mehr auf den Zugewinn von Frauen in die technischen Disziplinen als auf den notwendigen Ausgleich sozialer Herkunft zu drängen. Dabei ist es ebenso wichtig, die traditionelle Klientel der Bildungsaufsteiger aus der sozialen Grundschicht für ein Ingenieurstudium wieder zu gewinnen.

Dafür bedürfte es freilich einer anderen Beschäftigungs- und Informationspolitik, ebenso mehr an Stipendien und Finanzmitteln. Offenbar ist dazu die Wirtschaft nicht bereit (oder nicht in der Lage). Jedoch wäre von ihr ebenso viel an Flexibilität, Innovation und Einsatz zu verlangen, wie sie allenthalben von den Studierenden und Absolventen fordert.

## 9 Zurechtkommen und Schwierigkeiten an den Hochschulen

Für das Einfinden und Zurechtkommen an der Hochschule sind meist die Verhältnisse im Fachbetrieb ausschlaggebend. Die soziale Herkunft macht sich je nach Studienaspekt mal mehr, mal weniger bemerkbar. Bei einigen Aspekten ist sie gänzlich ohne Einfluss. Wo keine besonderen Unterschiede nach der sozialen Herkunft vorhanden sind, dies sei zuerst festgehalten, damit nicht der Eindruck entsteht, alles sei von der sozialen Herkunft abhängig oder durch sie "determiniert".

Bei den Kontakten unter den Studierenden ebenso wie bei den Kontakten zu den Lehrenden spielt die soziale Herkunft so gut wie keine Rolle. Das ist fast nur auf die Bedingungen im Fach und dessen soziales Klima zurückzuführen. Es ist besonders schlecht in Jura und den Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten, was alle Studierenden dieser Fächer, gleich welcher sozialen Herkunft, bemängeln.

Bei den Leistungsanforderungen im Studium sprechen zwar 24-26% der Studierenden von größeren Schwierigkeiten, aber ganz unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.

Die Evaluation der Lehrsituation und die Bilanz der Studienqualität sind kaum von der sozialen Herkunft beeinflusst, sondern nahezu völlig durch die fachlichen Bedingungen und die Anstrengungen der Lehrenden bestimmt.

Gewisse Unterschiede sind an anderen Stellen im Studium zu beobachten: Bei der Orientierung im Studium nennen 20% der Arbeiterkinder, aber nur 11% der Akademikerkinder größere Probleme. Auch das soziale Klima an den Hochschulen, insbe-

sondere die Anonymität an den Universitäten, stellt für Arbeiterkinder eine größere Belastung als für Akademikerkinder dar (21% zu 11%).

Wer demnach als Arbeiterkind eine Hochschule besucht, sieht sich kaum als "Fremdling" dort oder empfindet sich gar als isoliert, aber er oder sie ist dort längst nicht so zu Hause wie etwa Akademikerkinder. Das ist an den Universitäten deutlich stärker der Fall als an den Fachhochschulen.

Von mehr Schwierigkeiten berichten Arbeiterkinder im Vergleich zu den Akademikerkindern vor allem bei der Planung des Studiums, bei den Prüfungsvorbereitungen sowie der Konkurrenz unter den Studierenden. Ebenso berichten Arbeiterkinder von etwas größeren Schwierigkeiten im Umgang mit den Dozenten und bei der Beteiligung an Diskussionen in Lehrveranstaltungen. Diese vermehrten Schwierigkeiten sind weniger auf das jeweilige intellektuelle Leistungsvermögen zu beziehen als vielmehr auf soziale Sicherheiten im Universitätsmilieu und auf externe Belastungen, nicht zuletzt finanzieller Art.

Groß werden die Unterschiede bei zwei "studienexternen" Faktoren, die sich aber massiv auf das Studieren auswirken:

- Die finanzielle Lage stellt für 43% der Kinder einfacher Arbeiter, noch für 34% der Kinder von qualifizierten Facharbeitern und auch für Kinder von kleinen Angestellten mit 33% ein beständiges, sehr starkes Belastungsfaktor dar; aber nur für 14% aus der höheren Beamtenschaft.
- Ähnlich sind die Verhältnisse bei den Berufsaussichten gelagert: Sie belasten über ein Drittel der Arbeiterkinder sehr stark (35%), aber nur 17% der Akademikerkinder – also anteilmäßig die Hälfte.

Für Arbeiterkinder ist der Stress im Studium weit größer, weniger durch das Studium selbst und seine Anforderungen. Es sind vielmehr "Randbedingungen" der Studienfinanzen, der Erwerbstätigkeit und der beruflichen Zukunft, die für sie oft in den Mittelpunkt der Belastungen rücken. Folglich äußern sie häufiger die Sorge, ob sie das Studium bewältigen werden. Das unterschiedliche Ausmaß dieser Sorge um die Bewährung im Studium macht ein wichtiges Stück sozialer Ungleichheit der Studierenden sichtbar.

### **10 Studium im Ausland – eine nachwirkende Benachteiligung**

Erfahrungen im Ausland werden von den Studierenden mehr und mehr geschätzt. Eine Studienphase im Ausland gilt nicht nur für die persönliche Entwicklung als nützlich, sondern vor allem auch für die beruflichen Aussichten. Studierende aus der Arbeiterschaft betonen den persönlichen Gewinn durch ein Auslandsstudium noch stärker als Studierende aus der Oberschicht mit Eltern als leitenden Angestellten, höheren Beamten und freien Berufenen.

Diese positive Einschätzung eines Auslandsstudiums hat in den letzten Jahren vehement zugenommen. Sie wird von Forderungen der Wirtschaft und Vorgaben der Politik bestätigt.

Wenn Auslandserfahrungen so vorteilhaft sind, persönlich und beruflich, dann ist das Auslandsstudium ein besonderes Beispiel für die nachhaltige Nachwirkung von sozialer Ungleichheit im Studium, ein Umstand, der bisher kaum problematisiert wurde. Denn die Durchführung und Planung eines Aufenthaltes im Ausland, sei es als Studienphase oder Sprachkurs – beides variiert sehr stark mit der sozialen Herkunft der Studierenden.

Hinsichtlich des absolvierten Auslandsstudiums sind drei Quoten, gestuft nach der sozialen Herkunft, anzuführen: 3-5% unter den Studierenden aus der Arbeiterschaft waren bislang zum Studium im Ausland; 6-7 % sind es aus den Gruppen der mittleren Angestellten, Selbständigen und gehobenen Beamten, aber 10-11% aus dem Kreis höherer Beamter und freien Berufe.

Die Unterschiede setzen sich quantitativ eindrucksvoll bei der Planung eines Auslandsstudiums fort: 13-15% der Arbeiterkinder sehen es ernsthaft vor; 17% von den anderen "kleinen Leuten" (einfachen Angestellten und kleinen Selbständigen). Aber 24-27% aus dem Mittelstand und sogar 31-33% bei den Freiberuflern und höheren Beamten haben ein Auslandsstudium ernsthaft vor.

Bei Sprachkursen im Ausland bestehen ebenfalls große soziale Unterschiede: Von den Arbeiterkindern waren bisher knapp 9%, von den Akademikerkindern gut 20% zum Sprachkurs im Ausland. Bei der Planung sieht es kaum anders aus: einen Sprachaufenthalt sehen von den Arbeiterkindern 13% vor, von den Akademikerkindern mehr als ein Drittel (34% bei höheren Beamten bzw. 37% bei freien Berufenen).

Für Akademikerkinder ist ein Auslandsaufenthalt, zum Spracherwerb oder zum Studieren, nahezu zur Selbstverständlichkeit geworden. Für Arbeiterkinder stellt der Wechsel ins Ausland nach wie vor eine Seltenheit dar – und dies entgegen ihrer positiveren Einschätzung einer solchen Erfahrung. Die kulturelle Bedeutung für die Entwicklung der Persönlichkeit wie der soziale Nutzen für den Beruf und damit auch für die ökonomischen Chancen wird nahezu von allen Studierenden ähnlich eingeschätzt. Insofern stellt die erschwerte Realisierung für Arbeiterkinder einen großen Nachteil dar, und zwar in doppelter

Hinsicht: zum einen unmittelbar in der Studienphase für die eigene Entwicklung, die beeinträchtigt erscheint; zum anderen mittelbar für die späteren Berufschancen, wenn Auslandserfahrungen oder Fremdsprachenkenntnisse für Einstellung oder Karriere wichtig werden – und die dann nicht vorgewiesen werden können.

Bedenkenswert ist ebenfalls: Studierende einfacher sozialer Herkunft werden aus dem europäischen Hochschulraum ausgeschlossen, bleiben im Bologna-Prozess zurück. Denn gerade die Auslandsmobilität ist das ursprüngliche und hauptsächliche Ziel des Bologna-Prozesses – bei allen Verwerfungen und Streitigkeiten an den deutschen Hochschulen, muss daran erinnert werden. Daher müsste bei der Gestaltung des Europäischen Hochschulraumes (EHR) stärker auf einen Ausgleich sozialer Benachteiligungen im Studium wie in der internationalen Mobilität gedrängt werden.

## **11 Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchs**

Im Gegenzug zur Frage nach Schwierigkeiten und Stress im Studium muss die Frage nach der Förderung und Unterstützung im Studium gestellt werden. Hier ist ein zentraler Punkt: Wie steht es um die Aufnahme einer Promotion, wie sehr wird eine Stelle als Hochschullehrer angestrebt; kurzum: Inwieweit spielt bei der Anwartschaft für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Selektion in diesen Kreis die soziale Herkunft eine Rolle.

Zuerst zum "Nadelöhr": die Aufnahme einer Promotion. Sie wird abgeklärt über die Frage nach der ernsthaften Absicht zu promovieren. Unter Arbeiterkindern, auch unter kleinen Angestellten und Selbständigen, äußern nur 15-17% eine gewisse Promotionsabsicht (ganz sicher sind sich

nur 6-9%); bei den leitenden Angestellten liegt die Quote bei 24%, bei den höheren Beamten bei 27% und bei den akademischen Freiberuflern gar bei 38% (von ihnen sind sich 23% ganz sicher). Die Differenzen zwischen Studentinnen und Studenten bei der geäußerten Promotionsabsicht sind längst nicht so groß wie zwischen Arbeiter- und Akademikerkindern – verursachen aber mehr Aufregung, Debatten und Programme.

Die größere Zurückhaltung von Arbeiterkindern bei der Promotionsabsicht ist deshalb bemerkenswert, weil sie deren Nutzen für ihre persönliche Entwicklung, im Sinne einer wissenschaftlichen Vertiefung, sogar als etwas größer beurteilen: 52% von ihnen gegenüber 41% der Akademikerkinder bezeichnen sie als sehr nützlich für die persönliche Entwicklung.

Eine Stelle im Hochschulbereich wird von den Studierenden verschiedener sozialer Herkunft in ähnlichem Umfang ins Auge gefasst: "Bestimmt" meinen 4%, eine Tätigkeit an den Hochschulen anzustreben; weitere 28% lassen es mit einem "vielleicht" eher offen. Dass hier keine Unterschiede nach der sozialen Herkunft bestehen, dürfte auch daran liegen, dass in der Leistungsfähigkeit, im Interesse an Wissenschaft und Forschung, sowie in den Kontakten zu den Lehrenden keine Differenzen nach der sozialen Herkunft erkennbar sind. Auch bei der Einstellung als studentische Hilfskraft oder als Tutor sind Arbeiterkinder nicht benachteiligt, ist soziale Selektion nicht feststellbar – wenn wir den Angaben der Studierenden folgen.

Aber in zwei anderen Punkten ergeben sich Selektionen zum Nachteil für Studierende einfacher sozialer Herkunft: zum einen bei der Promotion, zum anderen beim Erhalt von Stiftungs-Stipendien (für begabte Studierenden). Hier liegt die Quo-

te bei den un- oder angelernten Arbeitern bei 1,8%, bei den Facharbeitern/Meistern mit 2,2% kaum höher, sie steigt dann mit den weiteren sozialen Schichten etwas an, um bei den höheren Beamten schließlich beachtliche 4,7% und bei den Freien Berufen auch noch 4,2% zu erreichen. Das ist keine abgesicherte Statistik, das sind Befragungsdaten, aber sie lassen vermuten, dass die Förderquote unter Akademikerkindern gut dreimal so hoch ist wie unter den Arbeiterkindern.

Von daher leitet sich die Feststellung ab, dass unter dem Potential für den wissenschaftlichen Nachwuchs Arbeiterkinder unterrepräsentiert sind. Diese Ableitung aus den Befragungsdaten des Studierenden surveys bedürfte der Erhärtung durch eine evaluative Dokumentation der Begabten-Stiftungswerke, ihrer Praxis der Rekrutierung und Förderung von Studierenden, ebenso wie einer statistischen Aufbereitung nach sozialer Herkunft von Daten zur Hochschullehrerlaufbahn (wie für Ausweise nach dem Geschlecht schon länger üblich).

Dies erscheint dringlich, da von der Hochschulpolitik neuerdings die wichtige Funktion von Begabten-Stipendien für den Zugang zum wissenschaftlichen Nachwuchs herausgestellt wird. Eine Ausweitung der Mittel für die Begabten-Stiftungswerke, damit sie den Kreis der geförderten Studierenden erweitern können, ist dazu ein erster Schritt.

## **12 Benachteiligungen – ein Hauptfaktor oder ein Faktorenbündel?**

Die Universitäten unterstellen für die Studierenden Freiheit und Gleichheit, sie simulieren, dass Studierende ihr Studium "frei" gestalten können und dass der Herkunftsstatus keine Rolle spiele. Die Einschätzung, Beurteilung und Förderung

geschehe allein nach den gezeigten Leistungen und dem Engagement.

Um das Verhältnis möglicher Faktoren der sozialen Ungleichheit im Studium an den Hochschulen simultan abzuklären, haben wir eine Reihe von Indikatoren herangezogen: es handelt sich um 7 Indikatoren für ökonomisches Kapital: von der Studienfinanzierung über die notwendige Erwerbsarbeit bis zu den Geldsorgen; für das soziale Kapital konnten 8 Indikatoren verwendet werden: darunter Mitgliedschaften, Zugehörigkeiten und Kontakte zu Professoren; schließlich wurden 9 Indikatoren für das kulturelle Kapital berücksichtigt als Ausweis der Akkumulation von Bildung und Qualifizierung, wie u. a. das Auslandsstudium, EDV-Kurse oder allgemeine Vorträge. Nicht alle Indikatoren können als perfekte Masse gelten, lassen aber aufschlussreiche Vergleich zu.

Bei der Bearbeitung der Faktoren ökonomischer, sozialer und kultureller Art stellen sich einige Fragen: Bilden sie ein Bündel oder gibt es einen Hauptfaktor? Wie sind sie im Einzelnen mit der sozialen Herkunft verknüpft und welches Gewicht haben sie für die sozialen Unterschiede? Außerdem: Welche Differenzen bestehen im Vergleich der Hochschulen und Studierenden im internationalen Vergleich, hier in den drei europäischen Regionen Baden-Württemberg, Rhone-Alpes Katalonien?

Das größte Ausmaß an sozialer Ungleichheit besteht in Baden-Württemberg, z.B. in der Sicherheit des Studienzuganges. Nicht zuletzt ist dies auf Unterschiede in der staatlichen finanziellen Unterstützung zurückzuführen; denn sie erreicht in Baden-Württemberg weniger Studierende als in den beiden anderen Regionen.

Die Analyse hatte über die Regionen ein ähnliches Ergebnis: Es spannte sich in

allen drei Regionen eine klare Dimension der sozialen Ungleichheit auf, beginnend bei den Studierenden aus der gering qualifizierten Unterschicht über die Mittelschicht bis hin zur akademischen Oberschicht.

Kennzeichnend für die Unterschicht ist besonders die staatliche Studienfinanzierung und die notwendige Erwerbsarbeit im Semester; zusätzlich der größere Stress wegen der aktuellen finanziellen Lage und wegen der Sorgen für die Zeit nach dem Studium.

Kennzeichnend für Studierende aus der akademischen Oberschicht sind dagegen die hohe Studiensicherheit, häufigere Studienphasen im Ausland und die intensivere Promotionsabsicht – im Gegenzug sind bei diesen drei Faktoren größere Defizite bei den Studierenden aus der Unterschicht vorhanden.

Aus diesen Befunden wird ersichtlich, dass in allen drei Regionen eine Achse der sozialen Ungleichheit für die Studierenden besteht – eine Fortwirkung ihrer sozialen Herkunft im Studium. In besonderer Weise ist sie durch ökonomische Ressourcen bestimmt, vor allem in Baden-Württemberg; aber auch die Ausstattung mit sozialem Kapital ist bedeutungsvoll und schließlich haben Elemente des kulturellen Kapitals auffällige Bezüge zur Ungleichheit unter den Studierenden.

Die Verschränkung unterschiedlicher Faktoren ökonomisch-materieller Art mit sozialen und kulturellen Elementen ist ausgeprägt und dicht. Dieser Zusammenhang belegt die Schwierigkeit, soziale Ungleichheiten verschiedener gesellschaftlicher Milieus und sozialer Interessen aufzulösen. Er verweist zugleich auf die bedeutsame Rolle des Geldes für die Teilhabe am sozialen Leben und kulturellen Angeboten, auf die

boten, auf die Wichtigkeit finanzieller Unterstützungen und sozialern Stipendien (wie BAföG) für die Studierenden.

### **13 Neue Studienstrukturen: mehr Optionen, mehr Selektivität?**

Die neuen Studienstrukturen zur Gestaltung des Europäischen Hochschulraumes (EHR) im Zuge des „Bologna-Prozesses“ haben manche Turbulenzen an den Hochschulen ausgelöst. Besonders kritisch in den Blick genommen wird die Zweiphasigkeit des Studiums mit Bachelor und Master – ohne Zweifel ein möglicher "neuer Filter sozialer Selektion". Welche Risiken und Chancen eröffnen sich? Manche Befürchtungen richten sich auf neue Selektionsformen zum Nachteil von Studierenden aus der Arbeiterschaft und den sozialen Unterschichten.

Werden die Studierenden nach der Unterstützung oder Ablehnung von Bachelor und Master gefragt, fallen die Voten überwiegend distanziert, zum Teil ablehnend aus. Allerdings ist der Informations- und Kenntnisstand allgemein noch sehr gering.

Nach der sozialen Herkunft bestehen keine großen Unterschiede; aber es mahnt zur Vorsicht bei voreiligen Prognosen, dass die Akzeptanz bei Studierenden aus der Arbeiterschaft signifikant höher ausfällt als bei Studierenden aus den höheren sozialen Schichten.

- Für den Bachelor mit 6 Semestern bis zum Abschluss votieren 37% der Arbeiterkinder an Hochschulen energisch (sehr stark dafür), jedoch nur 26% aus dem Milieu der höheren Schichten.
- Bei den Masterstudiengängen liegen die Verhältnisse ähnlich: Stark dafür sind unter Arbeiterkindern 33%, unter Studierenden aus höheren sozialen Straten wiederum nur 26%.

Die konkrete Nachfrage, ob sich Studierende selbst auf den „Bachelor“ einlassen würden, ergibt eine Ablehnung von 40% bei den Arbeiterkindern und von 50% bei Kindern aus höheren, akademischen Schichten. Freilich sind davon die meisten – nicht zuletzt aufgrund von unklaren Angeboten – eher vorsichtig im Urteil; ganz sicher wollen 12% der Arbeiterkinder und 9% der Oberschichtkinder selber einen Bachelor-Studiengang besuchen.

Zum Verständnis dieser Haltung gegenüber der zweiphasigen Studienstruktur ist auf die Urteile der Arbeiterkinder gegenüber neuen Studienmodellen hinzuweisen. Sie votieren viel häufiger für die Einführung neuer Studienstrukturen, die mehr Flexibilität erlauben.

Bei der Umsetzung sprechen sie sich am häufigsten für das "Sandwich-Studium" mit wechselnden Phasen von Studium und Arbeit aus – was der Form eines Bachelors mit nachfolgender Berufstätigkeit und späterem Einstieg in ein (weiterbildendes) Masterstudium entspräche. Sie setzen offenbar stärker auf ein kürzeres Grundstudium mit flexiblen Anschlussmöglichkeiten, entweder direkt konsekutiv oder nach einer Berufsphase als weiterbildendes Studium.

Zu erinnern ist an das grundlegende Ziel des Bologna-Prozesses: internationale Mobilität und Austausch für die Studierenden zu fördern. Daran können aber Kinder aus Arbeiterfamilien bislang viel seltener teilnehmen; ihre Quote bleibt deutlich zurück. Es ist eine richtige Initiative von E-SIB, der internationale Verband der Studierenden, das Problem der sozialen Lage Studierender und der internationalen Auslandserfahrungen energischer auf die Agenda der Ministerkonferenz in Bergen (2005) und in der Nachfolge in London (für 2007 vorgesehen) zu setzen. Von der

Bundesregierung wurde Unterstützung signalisiert, auch die internationale Rektorenkonferenz, ein wichtiger Partner in diesem Prozess, hat sich neuerdings dafür ausgesprochen, die sozialen Aspekte der Studierenden im Europäischen Hochschulraum stärker zu beachten und zwischen den Ländern abzustimmen.

Es bleibt abzuwarten, wie diese Absichten und Initiativen umgesetzt werden und welche Folgen es für einen sozialen Ausgleich im internationalen Rahmen haben wird. Jedenfalls spielen soziale Ungleichheiten der Studierenden mit den Folgen im Studium in den Evaluationsverfahren der neuen Studiengänge und bei deren Akkreditierung bislang kaum eine Rolle. Es wird nicht zuletzt an den studentischen Verbänden, der nationale "fsz" wie der internationale "esib", liegen, ob studentische Belange, insbesondere soziale Aspekt für Studierende aus der Arbeiterschaft oder sozialen Grundschicht, d.h. die Verhältnisse der „Bildungsaufsteiger“, im "Bologna-Prozess" mehr Beachtung finden.

## **16. Schluss: Folgerungen, Anregungen, Aufrufe**

Überblicken wir die Entwicklung der letzten 40 Jahre, dann drängt sich die Einsicht auf: Es ist kaum gelungen, das Thema der sozialen Ungleichheit nachhaltig zu etablieren und längerfristige Lösungen zu erarbeiten.

Nach Neugründungen und Reformen schlugen die Hochschulen bald wieder traditionelle Wege ein. Das bildungspolitische Engagement der Studierenden (Student aufs Land, Hausaufgabenbetreuung, kritische Universität) war nicht von langer Dauer, sie verliefen sich. Heute hat man den Eindruck, dass "Solidarität" und "Chancengleichheit" für die gesellschaftli-

che Mehrheit wie für die meisten Studierenden eher Fremdworte geworden sind. Sie geben kaum noch handlungsleitende Maximen und Kriterien ab.

Man muss sich daher fragen: Ist die Diagnose "Illusion" beim Bemühen um Chancengleichheit im Hochschulzugang und im Studium zutreffend? "Ich hatte einen Traum...", diese berühmten Worte von Martin Luther King bleiben gültig, denn sie sind angesiedelt zwischen realen Möglichkeiten und unerreichbarer Utopie – eingeständenermaßen. Möglicherweise fallen manche Teile der Überwindung sozialer Ungleichheit in diese Kategorien einer "Illusion" oder "Utopie". Damit soziale Fairness und gerechte Bildungschancen nicht ein Traum bleiben, müssen allerdings Einsichten vermittelt, Forderungen aufgestellt und für deren Lösungen gestritten werden.

Immerhin scheinen Befunde international vergleichender Tests und Untersuchungen über Leistungen und Kenntnisse der Schüler/innen und damit dem Qualifikationsstand einer ganz Generation einiges Nachdenken ausgelöst zu haben. Das betrifft nicht nur die allgemeine Förderung in Schule und Unterricht, sondern vor allem auch die Fragen der sozialen Selektion und Segregierung, nicht allein bezogen auf „Kinder mit Migrationshintergrund“. Die feststellbaren sozialen Ungleichheiten in der schulischen Förderung und im weiteren Bildungsweg bis hin zum Studium sind für viele alarmierend. Die Aufmerksamkeit unter der Perspektive sozialer Ungleichheit ist aber nicht allein auf die Schulen zu richten, ebenso sind Hochschulen und Studium zu beachten.

Was wäre von der Hochschulpolitik zu verlangen und an den Hochschulen anzustreben? Ginge es nach den Arbeiterkindern, stünden drei Wünsche ganz im Vordergrund, wie sie diese in den Befragun-

gen des Studierendensurveys vertreten haben:

1. Die Erhöhung der Bafög-Sätze (für 53% sehr dringlich; nur für 17% für Studierende aus höheren Schichten);
2. die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und beruflichen Aussichten (für 48% sehr wichtig gegenüber 35%);
3. eine intensivere Beratung und Betreuung durch die Lehrenden (für 43% sehr dringlich zu 37%, zwar keine große Differenz, aber signifikant).

Diese drei wichtigsten Wünsche für Studierenden aus einfacheren sozialen Schichten spiegeln recht genau die größten Probleme ihrer Situation an den Hochschulen wieder. Sie wären daher von der Hochschulpolitik ernsthaft aufzugreifen, weil diese Klientel für die Zukunft der Hochschulen sehr bedeutsam ist.

Die berichteten Befunde des Studierendensurveys über soziale Ungleichheiten im Studienzugang und Studienverlauf legen einige Folgerungen für die Entwicklung der Hochschulen nahe. Für das Ziel einer größeren sozialen Gerechtigkeit, Fairness und Equity gehören folgende Punkte als dringlich auf die Agenda:

(1) Das „BAföG“ müsste im Umfang erweitert, in den Finanzmitteln stark erhöht und für die potentiellen Empfänger berechenbarer werden – zumindest müsste der frühere Standard wieder erreicht, möglichst überschritten werden.

(2) Studiengebühren sind wie Darlehenskredite problematisch, weil sie sozial selektiv wirksam sind; zumindest solange keine breitere Kultur der Stipendien, auch seitens der Wirtschaft, entstanden ist, sollte man darauf verzichten.

(3) Mehr materielle Beiträge seitens der Wirtschaft sind anzumahnen; nicht nur für die Klientel der technischen Fächer wären



finanzielle Mittel und Stipendien wichtig; mehr Stiftungen für die öffentliche Wissenschaft, die Forschung und die Hochschulen wären angebracht.

(4) Eine soziale, verantwortliche Beschäftigungspolitik und Informationspolitik seitens der Wirtschaft liegt in ihrem eigenen Interesse, um nicht durch Verunsicherung abschreckend zu wirken und dann über fehlenden qualifizierten, wissenschaftlichen Nachwuchs zu klagen.

(5) Die Verbesserung des sozialen Klimas an den Hochschulen, weniger Anonymität im Wissenschaftsbetrieb käme allen Studierenden zu Gute, in besonderer Weise den Studierenden aus den unteren sozialen Milieus.

(6) Ermutigung zur Promotion und mehr Unterstützung für die Förderung als wissenschaftlicher Nachwuchs bei Studierenden „bildungsferner Schichten“, sei es durch die Professoren, sei es durch die Begabten-Stiftungswerke und ihre Stipendienvergabe.

(7) Die Studien- und Berufsberatung wäre neu zu konturieren: sie hätte mehr an das soziale Milieu der Studierenden anzuknüpfen, Hilfen und Unterstützung zu vermitteln, um Unsicherheiten abzubauen und Wege aufzuzeigen.

(8) Die Auslandsämter könnten stärker darauf achten, dass Studierende einfacher sozialer Herkunft häufiger an den Austauschprogrammen teilnehmen können.

Diese Aufstellung an Geboten zur Verringerung sozialer Ungleichheit für Studierende an den Hochschulen mag nicht vollständig sein, sie verdeutlicht aber, dass Anstrengungen nicht nur von staatlichen Stellen und der Politik zu fordern sind, sondern ebenfalls von der Wirtschaft und

den Unternehmen, schließlich auch von den Hochschulen, deren Einrichtungen und deren Lehrenden.

Selbstverständlich bestehen auch Aufgaben für die Studentenschaft; insbesondere die Fachschaften sollten sich der Problematik annehmen und sich mit sozialer Ungleichheit auseinandersetzen. Aber auch andere studentische Gruppen an den Hochschulen in den politischen Gruppen oder den Hochschulgemeinden sind dazu aufgefordert.

### **Prinzip und Infrastruktur: Social Mainstreaming and Monitoring**

Eine grundsätzliche Überlegung sei an den Abschluss gestellt: Ein "Social Mainstreaming and Monitoring" muss an Schulen und Hochschulen eingeführt und etabliert werden, zur Evaluation und Akkreditierung von Studiengängen müssen die sozialen Aspekte beachtet werden.

Dieses Prinzip mit entsprechender Infrastruktur ist vor allem bei der Gestaltung des Europäischen Hochschulraumes von hohem Gewicht. Es liegen genügend Befunde vor, es stehen angemessene Verfahren zur Verfügung, um ein solches „Social Mainstreaming and Monitoring“ einzuführen und zu leisten.